



Fachliche Weisungen zur Kranken- und Pflegeversicherung der Leistungsberechtigten von Arbeitslosengeld II



Fassung vom 20.09.2017

- [Rz. 1.25](#), [4.8a](#), [5.14a](#): Ergänzung der Regelungen bei vorläufiger Zahlungseinstellung
- [Rz. 1.30a](#), [4.10a](#): Neuregelung der Besonderheiten bei Temporärer Bedarfsgemeinschaft
- [Rz. 5.33a](#): Ausführungen zur Erstattung der Beiträge bei Ersatzansprüchen aufgenommen
- [Anlage 3](#): Prüfschritt Feststellung zum Verschulden des Leistungsbeziehers vor Ersatz der Beiträge in die Übersicht aufgenommen
- weitere redaktionelle Anpassungen

Fassung vom 20.12.2016

- [Rz. 1.12](#): Status „Nichtversichert“
- [Rz. 1.16](#): Ergänzung zum Vorrang der Pflichtversicherung aufgrund Alg II-Bezug bei gesetzlich versicherten Studentinnen und Studenten
- [Rz. 1.26](#), [1.27](#): Überführung von Regelungen zur 100 % - Sanktion aus den Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II
- [Rz. 5.19](#): Ausführungen zur Erstattung von Beiträgen bei Ende der Mitgliedschaft durch Todesfall
- [Rz. 5.28](#): Änderung der Rechtsauffassung: Bei Erstattungsansprüchen aufgrund der Vorausleistung von Übergangsgeld und Verletztengeld nach § 25 SGB II entfällt die taggenaue Berechnung und Bezifferung der Beiträge zur KV/PV. Es ist stets die monatliche Pauschale gegenüber dem Reha-Träger zu beziffern
- weitere redaktionelle Anpassungen

Gesetzestexte

Folgende Rechtsvorschriften sind im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung relevant:

<http://bundesrecht.juris.de/aktuell.html>

SGB V	§ 5	Versicherungspflicht
	§ 173	Wahlrechte
	§ 175	Ausübung des Wahlrechts
	§§ 186, 190	Beginn und Ende der Mitgliedschaft
	§ 232a	Beitragspflichtige Einnahmen bei Bezug von Alg II
	§§ 243, 246	Ermäßigter Beitragssatz, Beitragssatz für Bezieher von Alg II
	§§ 251, 252	Tragung der Beiträge durch Dritte, Beitragszahlung
SGB II	§ 40	Anwendung von Verfahrensvorschriften
	§ 41a	Vorläufige Entscheidung
SGB III	§ 335	Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung
SGB X	§ 45	Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt
	§ 48	Aufhebung Verwaltungsakt mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse
	§ 50	Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen
SGB XI	§ 20	Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung
SGB IV	§ 18	Bezugsgröße
	§ 24	Säumniszuschlag
	§ 26	Beanstandung und Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge
	§ 27	Verzinsung und Verjährung des Erstattungsanspruchs
Weitere	§ 193 VVG	Versicherungspflicht in der PKV
	§ 205 VVG	Kündigung des Versicherungsnehmers



Inhaltsverzeichnis

1.	Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung (KV/PV).....	1
1.1	Zuordnung zum Versicherungssystem	1
1.2	Versicherungskonkurrenz	4
1.3	Bezug von Arbeitslosengeld II	5
2.	Ausschluss von der Versicherungspflicht in der GKV	7
2.1	Privat versicherte Personen	8
2.2	Weder gesetzlich noch privat versichert	9
2.3	Altersbedingter Ausschluss	9
3.	Mitgliedschaft und Wahlrechte in der GKV	11
3.1	Zuordnung zu einer Krankenkasse	11
3.2	Besondere Personengruppen	14
3.3	Krankenkassenwechsel	14
3.4	Schließung oder Insolvenz einer Krankenkasse.....	15
4.	Beiträge in der GKV	16
4.1	Berechnung und Zahlung der Beiträge bei Bezug von Alg II.....	16
4.2	Säumniszuschläge.....	17
5.	Erstattung von Beiträgen.....	19
5.1	Erstattung von Beiträgen zur GKV.....	19
5.2	Fehlversicherungen	23
5.3	Beitragsersatz bei Erstattungsansprüchen.....	25
5.3.1	Beitragsersatz bei Gewährungen von Renten.....	25
5.3.2	Beitragsersatz bei Gewährung von Übergangsgeld	25
5.3.3	Sonstige Ersatzansprüche	26
	Anlage 1 - Versicherungsschutz in der KV/PV ab 01.01.2016*	28
	Anlage 2 - Übersicht Definition Alg II.....	29
	Anlage 3 - Prüfreiherfolge Erstattung gesetzliche KV-/PV-Beiträge	30
	Anlage 4 - Definitionen nach § 5 Abs. 5a SGB V	31



1. Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung (KV/PV)

1.1 Zuordnung zum Versicherungssystem

(1) Für die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II (Alg II) ist zu prüfen, ob der Leistungsberechtigte

- in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung versicherungspflichtig (GKV) oder
- der privaten Kranken- und Pflegeversicherung (PKV) zuzuordnen ist.

Für Zeiten ab dem 01.01.2016 ist nicht mehr zu prüfen, ob die betroffene Person während des Bezugs von Alg II familienversichert ist. Die Durchführung einer Familienversicherung ist nicht mehr zulässig.

(2) Die Zuordnung zur GKV oder PKV hängt von der Vorversicherungszeit ab. Dem Versicherungssystem (GKV/PKV), dem die betroffene Person zuletzt vor dem Alg II-Bezug zugeordnet war, gehört sie grundsätzlich auch während des Leistungsbezuges an („Systemkontinuität“, Ausnahme vgl. [Rz. 2.2](#)). Eine Hilfe zur Beurteilung des Versicherungsstatus in der KV/PV bietet die [Anlage 1](#).

„Zuletzt vor dem Alg II-Bezug“ bedeutet, dass auf die letzte bestehende Versicherung des Betroffenen vor dem Bezug von Alg II – entweder in der GKV oder in der PKV – abzustellen ist. Dies gilt unabhängig davon, wie lange diese Versicherung bereits zurückliegt.

(3) Personen sind in der Zeit des Alg II-Bezuges in der gesetzlichen KV versicherungspflichtig ([§ 5 Abs. 1 Nr. 2a Fünftes Buch Sozialgesetzbuch -SGB V](#)), wenn sie zuletzt der GKV angehört haben.

Leistungen, die diese Versicherungspflicht auslösen, sind in der [Anlage 2](#) aufgeführt.

(4) Für die Zeit des Leistungsbezugs tritt die Versicherungspflicht auch in der sozialen PV ein ([§ 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a Elftes Buch Sozialgesetzbuch - SGB XI](#)).

(5) Die Versicherungspflicht des Alg II ist für jede Person in der Bedarfsgemeinschaft (BG) individuell zu beurteilen.

(6) Löst der Alg II-Bezug die Versicherungspflicht aus, sind die entsprechenden Beiträge an den vom Bundesversicherungsamt (BVA) verwalteten Gesundheitsfonds oder an die Landwirtschaftliche Krankenkasse (LKK) zu zahlen. Die Zeit der Versicherungspflicht wird an die Krankenkasse gemeldet.

Keine Prüfung der Familienversicherung (1.1)

Zuordnung GKV oder PKV (1.2)

Grundsatz der Versicherungspflicht (1.3)

Leistungen, die die Versicherungspflicht begründen (1.4)

Versicherungspflicht in der PV (1.5)

Indiv. Beurteilung (1.6)

Konsequenzen aus der Beurteilung der Versicherungspflicht (1.7)



(7) Bei Bezug von Sozialgeld tritt keine Versicherungspflicht zur KV/PV nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V ein. Unabhängig vom Leistungsbezug ist auch bei dieser Personengruppe eine Absicherung im Krankheitsfall gesetzlich vorgeschrieben (vgl. [Rz. 1.12](#)):

1. Familienversicherung in der GKV (vorrangig),
2. Versicherungspflicht in der GKV (z. B. § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V),
3. Freiwillige Mitgliedschaft in der GKV oder
4. Versicherung in der PKV.

Bei einer freiwilligen Mitgliedschaft in der GKV tritt Versicherungspflicht in der sozialen PV ein. Für die versicherungsrechtliche Beurteilung sind die Leistungsberechtigten an die Krankenkasse zu verweisen. Die Regelungen zum Zuschuss zu diesen Beiträgen sind den Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II zu entnehmen.

(8) Vor Beginn des Leistungsbezugs zuletzt gesetzlich versichert ist, wer

- einen Versicherungspflichttatbestand des [§ 5 Abs. 1 SGB V](#) erfüllt bzw. erfüllt hat (z. B. Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung; Auffangversicherungspflicht nach [§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V](#)) oder
- familienversichert ([§ 10 SGB V](#)) ist oder
- freiwillig gesetzlich versichert ([§ 9 SGB V](#) bzw. [§ 188 Abs. 4 SGB V](#)) ist oder
- den Tatbestand des Fortbestehens einer Mitgliedschaft nach [§§ 192, 193 SGB V](#) erfüllt, d. h. nach Ende einer Versicherungspflicht (z. B. Ende einer Beschäftigung) weiter Mitglied aufgrund des Bezugs von Krankengeld, Mutterschaft, Kindererziehung, Wehrdienst ist oder
- einen nachgehenden Leistungsanspruch nach [§ 19 Abs. 2 SGB V](#) erfüllt, d. h. wenn sich innerhalb eines Monats nach dem Ende eines Versicherungsverhältnisses ein weiteres oder ein anderweitiger Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall anschließt (z. B. Alg II).

(9) Personen, die unmittelbar vor Beginn des Bezuges von Alg II tatsächlich weder in der gesetzlichen noch in privater Krankenversicherung abgesichert waren, zuletzt jedoch der GKV angehörten, sind auch für die Zeit des Alg II-Bezuges (weiterhin) der GKV zuzuordnen.

Beispiel:

Herr A. erfüllte zuletzt vor Bezug von Alg II die Voraussetzungen für eine Versicherungspflicht nach [§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V](#). Diese ist jedoch wegen mangelnder Mitwirkung von Herrn A. nicht festgestellt worden, eine elektronische Gesundheitskarte wurde nicht ausgegeben. Herr A. ist für die Zeit des Alg II-Bezuges (weiterhin) der GKV zuzuordnen.

**Bezug von Sozialgeld
(1.8)**

**Vor Beginn zuletzt
gesetzlich versichert
(1.9)**

(10) Für bestimmte Personen ist die Versicherungspflicht in der GKV ausgeschlossen ([vgl. Abschnitt 2](#)). Dies gilt insbesondere für Personen, die vor dem Bezug von Alg II zuletzt privat versichert waren. Diese werden durch den Bezug nicht versicherungspflichtig ([vgl. Abschnitt 2.1](#)). Es ist dann die Zahlung eines Zuschusses nach § 26 SGB II zu prüfen. Dies gilt auch für Personen, die nur aufgrund der Zahlung ihrer Beiträge hilfebedürftig würden. Weitere Ausführungen hierzu können den Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II entnommen werden.

**Zuletzt privat
Versichert
(1.10)**

(11) Gehörte eine Person zuletzt vor dem Bezug von Alg II einem besonderen Sicherungssystem an und bestand in dieser Zeit weder eine gesetzliche noch eine private KV, ist auf die Verhältnisse vor dieser besonderen Absicherung abzustellen. War die Person zuletzt vor dem Bezug von Alg II gesetzlich krankenversichert, tritt bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen die Versicherungspflicht durch den Bezug von Alg II ein.

**Besonderes
Sicherungssystem
vor Bezug von Alg II
(1.11)**

(12) Besondere Sicherungssysteme sind insbesondere:

- Anspruch auf freie Heilfürsorge oder truppenärztliche Versorgung (z. B. für Soldaten der Bundeswehr)
- Übernahme der Krankenbehandlung nach [§ 264 Abs. 2 SGB V](#) von Empfängern von Leistungen nach dem 3. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) und von Empfängern laufender Leistungen nach [§ 2 Asylbewerberleistungsgesetz](#)
- Empfänger von Krankenhilfeleistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
- Anspruch auf Gesundheitsfürsorge nach dem Strafvollzugsgesetz (StVollzG) oder auf sonstige Gesundheitsfürsorge
- Anspruch auf Heil- oder Krankenbehandlung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) oder vergleichbaren gesetzlichen Regelungen, wenn die Heilbehandlung auch für sog. Nichtschädigungsfolgen gewährt wird.

(13) Der Krankenversicherungsschutz ist Bestandteil des verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimums. Seit dem 1. Januar 2009 gilt der gesetzliche Grundsatz, dass für jede Person in Deutschland eine Absicherung in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung gewährleistet sein muss. Bezieherinnen und Bezieher von Alg II sind grundsätzlich versicherungspflichtig in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung, soweit sie nicht der privaten Kranken- und Pflegeversicherung zuzuordnen sind. Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, die der privaten Kranken- und Pflegeversicherung zuzuordnen sind, erhalten Zuschüsse zu ihren Beiträgen (vgl. Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II). Zur Verpflichtung zum Abschluss eines privaten Krankenversicherungsvertrags gemäß § 193 Abs. 3 VVG siehe [Rz. 2.4.](#)

**Weder gesetzlich
noch privat („Nicht-
versichert“)
(1.12)**

Gleichwohl ist festzustellen, dass Personen im Leistungsbezug stehen, die nicht kranken- und pflegeversichert sind, insbesondere, wenn eine Person der Verpflichtung zum Abschluss eines privaten Krankenversicherungsvertrages tatsächlich nicht nachkommt.

Die Jobcenter beraten die/den Betroffenen über die Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung und die Konsequenzen bei fehlender Absicherung. Der Beratungspflicht wurde nachgekommen, wenn das „Merkblatt für Leistungsberechtigte ohne Kranken- und Pflegeversicherung“ ausgehändigt und die Ausgabe dokumentiert wurde.

(14) Für anerkannte Asylberechtigte, Flüchtlinge und Schutzbedürftige, denen die Flüchtlingseigenschaft oder ein subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist, tritt bei Alg II-Bezug grundsätzlich Versicherungspflicht in der GKV ein.

**Asyl
(1.13)**

1.2 Versicherungskonkurrenz

(1) Die Versicherungspflicht aufgrund des Bezugs von Alg II besteht auch, wenn daneben ein weiteres Versicherungspflichtverhältnis vorliegt. Eine Mehrfachversicherung besteht, wenn neben dem Bezug von Alg II z. B. eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt oder Arbeitslosengeld bezogen wird.

**Mehrfachversicherungen
(1.14)**

(2) Eine Mehrfachversicherung liegt auch bei einer Beschäftigung im Sinne der KV der Landwirte nach dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) vor.

**Landwirte
(1.15)**

(3) Dagegen ist die KV-Pflicht aufgrund des Bezugs von Alg II vorrangig gegenüber der

**Vorrangige KV-Pflicht aufgrund Alg II
(1.16)**

- KV als Student/in an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen (vgl. [§ 5 Abs. 7 SGB V](#)). Um eventuelle Überzahlungen durch das Amt für Ausbildungsförderung zu vermeiden (vgl. [§ 13a Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG](#)), ist es unverzüglich über die eingetretene Versicherungspflicht zur KV/PV aufgrund Alg II-Bezug zu informieren
- KV als Praktikant/in im Rahmen einer Studien- oder Prüfungsordnung (vgl. [§ 5 Abs. 7 SGB V](#))
- KV als Rentner/in (vgl. [§ 5 Abs. 8 SGB V](#))
- Versicherungspflicht der selbständigen Künstler und Publizisten nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (vgl. [§ 5 Abs. 1 Nr. 1 KSVG](#))
- Auffangversicherungspflicht für Personen, die keine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall haben (vgl. [§ 5 Abs. 8a SGB V](#)).

Bei diesen Personen tritt die Versicherungspflicht hinter die des Alg II zurück.



(4) Bei Grenzgängern (vgl. FW zu § 7 SGB II, Abschnitt 1.2) sind die Rechtsvorschriften des Staates anzuwenden, in welchem sie ihrer Beschäftigung nachgehen ([Verordnung -EG- Nr. 988/2009](#) sowie die entsprechende [Durchführungsverordnung -EG- 987/2009](#), [Verordnung -EWG- Nr. 1408/71](#) nebst [Durchführungsverordnung 574/72](#)). Der Alg II-Bezug führt dann nicht zur Versicherungspflicht.

**Grenzgänger
(1.17)**

Für weitere BG-Mitglieder ist die Versicherungspflicht während des Alg II-Bezugs individuell nach dem deutschen Recht zu beurteilen. Bestand zuletzt eine Versicherung in der GKV, ist bei Alg II-Bezug eine Pflichtversicherung durchzuführen ([§ 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V](#)).

1.3 Bezug von Arbeitslosengeld II

(1) Die versicherungsrechtliche Beurteilung erfolgt für den Zeitraum, für den Alg II tatsächlich bezogen wird - unabhängig davon, ob die rechtlichen Voraussetzungen für den Leistungsbezug vorgelegen haben. Eine rückwirkende Aufhebung der Entscheidung, die zum Bezug der Leistung geführt hat sowie die Rückforderung bzw. Rückzahlung der Leistung haben gemäß [§ 5 Abs. 1 Nr. 2a zweiter Halbsatz SGB V](#) grundsätzlich keine Auswirkung auf das Versicherungsverhältnis. [Abschnitt 5.1](#) ist zu beachten.

**Leistungsbezug
(1.18)**

(2) Die Versicherungspflicht zur KV/PV tritt auch ein, wenn

- der Anspruch durch Zahlung an Dritte (z. B. in Fällen des § 22 Abs. 7 SGB II) erfüllt wird oder unter Berücksichtigung einer Aufrechnung oder Verrechnung (z. B. § 43 SGB II) erfüllt wird.
- Leistungen vorläufig bewilligt werden (§ 41a SGB II). Dies gilt gleichermaßen für die vorläufige Bewilligung aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung (z. B. einstweilige Anordnung).
- der Regelbedarf nach § 20 SGB II anteilig oder in voller Höhe als Sachleistung (Gutschein) erbracht wird (§ 24 Abs. 2 SGB II). Bezugszeitraum ist in diesen Fällen der Zeitraum, für den der Bedarf besteht und dieser durch die Zahlung von Alg II in Form des Gutscheins gedeckt wird. Auf die tatsächliche Einlösung des Gutscheins kommt es nicht an.
- Leistungen gemäß § 41 Abs. 1 SGB II für den vollen Monat festgesetzt, aber in mehreren Teilbeträgen erbracht werden (z. B. in Fällen des § 24 Abs. 2 SGB II).
- Leistungen für einmalige Bedarfe für Unterkunft und Heizung (z. B. Heizmittelbevorratung) gewährt werden. Als Bezugszeitraum gilt der gesamte Kalendermonat, in dem die Leistung gewährt wird.
- Wenn nach § 33 SGB II übergegangene Ansprüche oder Ersatzansprüche nach §§ 34, 34a, 34b, 34c SGB II nachträglich geltend gemacht und realisiert werden.

**Zahlungen an Dritte
oder Aufrechnung
(1.19)**

**Vorläufige
Bewilligung
(1.20)**

**Sach- oder geldwerte
Leistungen
(1.21)**

**Anteilige Zahlung
(1.22)**

**Einmalige
KdU-Bedarfe
(1.23)**

**Anspruchsübergang/
Ersatzansprüche
(1.24)**



(3) Die Versicherungspflicht zur KV/PV besteht auch dann, wenn die Zahlung von Alg II nach § 40 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. [§ 331 Drittes Buch Sozialgesetzbuch \(SGB III\)](#) vorläufig eingestellt wurde oder aufgrund eingetretener Sanktionen nach § 31a oder § 32 SGB II nur noch

- Leistungen in geminderter Höhe oder
- Leistungen für Bedarfe der Unterkunft und Heizung

erbracht werden.

(4) Mit der Erbringung von ergänzenden Sachleistungen bzw. geldwerten Leistungen bei einer 100 %-Sanktion liegt ein Alg II-Bezug vor (vgl. Fachliche Weisungen zu § 31 bis 31b SGB II, Abschnitt 4.5) und die Versicherungspflicht tritt ein. Anspruchszeitraum ist der Zeitraum, für den die ergänzende Sachleistung (Gutschein) erbracht wird; auf die tatsächliche Einlösung des Gutscheins kommt es nicht an.

(5) Werden für eine der GKV zugeordnete leistungsberechtigte Person keine ergänzenden Sachleistungen bzw. geldwerten Leistungen erbracht (z. B. weil die betroffene Person sie nicht beantragt), liegt kein versicherungspflichtiger Alg II-Bezug vor. In diesem Fall greift dann in der Regel die obligatorische Anschlussversicherung im Status einer freiwilligen Mitgliedschaft nach [§ 188 Abs. 4 SGB V](#), es sei denn,

- es besteht für diesen Zeitraum ein anderes Versicherungspflichtverhältnis oder
- es besteht ein Anspruch auf Leistungen nach [§ 19 Abs. 2 SGB V](#) oder
- es besteht die Möglichkeit einer Familienversicherung oder
- es wird gegenüber der Krankenkasse ein Nachweis auf einen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall (z. B. eine Privatversicherung) erbracht.

Die Beiträge dieser obligatorischen Anschlussversicherung in der freiwilligen GKV sind von der betroffenen Person selbst zu tragen und werden nicht bezuschusst (vgl. Rz. 26.15 der Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II).

(6) Eine vorschussweise (vorzeitige) Zahlung nach § 42 Abs. 2 SGB II begründet keine Versicherungspflicht zur KV/PV. Die versicherungsrechtliche Beurteilung hat für den Zeitraum zu erfolgen, für den Alg II zusteht.

(7) Wird Alg II für denselben Zeitraum durch zwei Jobcenter erbracht (z. B. Doppelbezug KdU bei Umzug), ist die versicherungsrechtliche Beurteilung in beiden Jobcentern durchzuführen. Dies gilt selbst dann, wenn der Doppelbezug zu Unrecht erfolgt ist. Vgl. zur Beitragszahlung in diesen Fällen [Rz. 4.9](#).

Vorläufige Zahlungseinstellung oder Sanktionen (1.25)

100 % - Sanktion (1.26)

Kein Zuschuss bei GKV, wenn keine Sachleistungen erbracht werden (1.27)

Vorschuss nach § 42 Abs. 2 SGB II (1.28)

Doppelter Leistungsbezug (1.29)



Fachliche Weisungen zur Kranken- und Pflegeversicherung

(8) Wird Alg II bei

- Wohnungslosen, z. B. als Tagessatz, oder
- untermonatlichem Wechseln von Personen in eine andere BG

gewährt, ist die versicherungsrechtliche Beurteilung für den jeweiligen Leistungsbezug durch das jeweils örtlich zuständige Jobcenter durchzuführen. Vgl. zur Beitragszahlung in diesen Fällen [Rz. 4.10.](#)

**Wohnungslose/
untermonatlicher
Wechsel
(1.30)**

(9) Wird ein Kind zeitweise zwei BG zugeordnet, besteht bei vorliegender Hilfebedürftigkeit in beiden BG für den gesamten Monat ein Leistungsanspruch, unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Aufenthaltstage (vgl. Fachliche Weisungen zu den Besonderheiten der Temporären Bedarfsgemeinschaft, Kapitel 2.1)

Bei Alg II-Bezug des Kindes ist die versicherungsrechtliche Beurteilung dann zeitgleich und durchgehend von den jeweils örtlich zuständigen Jobcentern durchzuführen. Es ist sicherzustellen, dass die Meldungen aus beiden BG bei der zutreffenden Krankenkasse erfolgen. Vgl. zur Beitragszahlung in diesen Fällen [Rz. 4.10a.](#)

**Besonderheit
Temporäre BG
(1.30a)**

(10) Bei Erstattungsansprüchen nach [§§ 102 ff Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X](#) bleibt die versicherungsrechtliche Beurteilung für die gesamte BG unberührt.

**Erstattungsansprüche
nach SGB X
(1.31)**

2. Ausschluss von der Versicherungspflicht in der GKV

(1) Eine Versicherungspflicht aufgrund des Bezugs von Alg II tritt nicht ein, wenn die Person

- zuletzt vor Beginn des Bezugs privat krankenversichert war (vgl. [Abschnitt 2.1](#)) oder
- zuletzt vor Beginn des Bezugs weder gesetzlich noch privat versichert war und hauptberuflich selbständig oder versicherungsfrei war (vgl. [Abschnitt 2.2](#)) oder
- aufgrund des Alters von der Versicherungspflicht ausgeschlossen ist (vgl. [Abschnitt 2.3](#)).

Der Anspruch auf den Beitragszuschuss für diesen Personenkreis kann den Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II entnommen werden.

**Allgemeines zum
Ausschluss
(2.1)**

(2) Eine nicht versicherungspflichtige Person im Alg II-Bezug (z. B. privat versichert) wird mit Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung versicherungspflichtig. Dies gilt für gleichrangige Tatbestände (z. B. Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung) ebenso wie für sog. Nachrangtatbestände (z. B. Versiche-

**Hinzutritt eines
Versicherungspflicht-
tatbestandes
(2.2)**

rungspflicht aufgrund einer Rentenantragstellung). Die Alg II beziehende Person bleibt versicherungspflichtig, auch wenn der die Versicherungspflicht auslösende Tatbestand zu einem späteren Zeitpunkt wieder entfällt.

(3) Dies gilt nicht, wenn die Versicherungspflicht aufgrund des Alters ausgeschlossen ist ([vgl. Abschnitt 2.3](#)).

(4) Ein privater Versicherungsvertrag kann mit dem Eintritt der Versicherungspflicht gekündigt werden ([§ 205 Versicherungsvertrags-gesetz - VVG](#)). Die Kündigung kann auch rückwirkend zum Eintritt der Versicherungspflicht vorgenommen werden, wenn der Versicherungsvertrag binnen drei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht gekündigt wird ([§ 205 Abs. 2 Satz 1 VVG](#)).

2.1 Privat versicherte Personen

(1) Personen, die zuletzt vor dem Bezug von Alg II privat kranken-versichert waren, sind auch während des Leistungsbezugs weiterhin der PKV zuzuordnen ([§ 5 Abs. 5a Satz 1 erste Alternative SGB V](#)).

**„Privat bleibt privat“
(2.3)**

(2) Personen mit Wohnsitz in Deutschland sind verpflichtet, einen privaten KV-Vertrag abzuschließen, wenn sie

**Verpflichtung zum
Abschluss einer PKV
(2.4)**

- nicht versichert oder
- nicht versicherungspflichtig in der GKV sind und keine anderweitige (gesetzliche) Absicherung im Krankheitsfall vorliegt ([vgl. § 193 Abs. 3 VVG](#)).

Bei Personen, die ihrer Verpflichtung sich privat zu versichern nicht nachgekommen sind, zuletzt aber eine PKV vorlag, tritt keine gesetzliche Versicherungspflicht ein. Sie sind auch während des Bezugs von Alg II der PKV zuzuordnen, unabhängig davon, wie lange diese PKV zurückliegt. Eine tatsächliche Absicherung liegt jedoch erst mit Abschluss eines Versicherungsvertrages vor. Ein Zuschuss kann erst nach Vorlage des Versicherungsvertrages gezahlt werden (siehe erläuternd Fachliche Weisungen zu § 26 SGB II). Einzelheiten zur Beratungspflicht der Jobcenter und deren Dokumentation können der Rz. [1.12](#) und den Fachlichen Weisungen zu § 26 SGB II, Abschnitt 2.1 entnommen werden.

(3) Eine im Ausland bestandene PKV ist als zuletzt bestandene PKV im Sinne des [§ 5 Abs. 5a SGB V](#) anzusehen, wenn es sich um einen Aufenthalt im EU-Ausland, in Norwegen, Liechtenstein, Island oder der Schweiz handelt.

**KV im Ausland
(2.5)**

Bei einem vorangegangenen Aufenthalt in einem anderen Staat ist auf den Versicherungsstatus in Deutschland oder im EU-Ausland, in Norwegen, Liechtenstein, Island oder der Schweiz vor dem Auslandsaufenthalt abzustellen. Hat sich die Person davor noch nicht in Deutschland oder in einem der genannten Staaten aufgehalten, ist

der Ausschluss der Versicherungspflicht nach der zweiten Alternative des [§ 5 Abs. 5a Satz 1 SGB V](#) zu prüfen (vgl. [Abschnitt 2.2](#)).

Beispiel:

Herr M. ist als selbständig tätiger Arzt von den USA nach Deutschland gekommen. Er hat sich zuvor noch nicht in Deutschland, im EU-Ausland, in Norwegen, Liechtenstein, Island oder der Schweiz aufgehalten. Herr M. war zuletzt vor Leistungsbezug weder gesetzlich noch privat versichert. Er ist damit nicht nach [§ 5 Absatz 5 SGB V](#) versicherungspflichtig, weil er in den USA hauptberuflich selbständig tätig war. Somit ist er mit Beginn des Alg II-Bezuges der PKV zuzuordnen.

2.2 Weder gesetzlich noch privat versichert

(1) Bei Personen, die zuletzt vor dem Bezug von Alg II weder gesetzlich noch privat versichert waren (= ohne KV) und entweder

- hauptberuflich selbständig (Personenkreis nach [§ 5 Abs. 5 SGB V](#)) oder
- nach [§ 6 Abs. 1 oder 2 SGB V](#) versicherungsfrei sind oder
- bei Ausübung der beruflichen Tätigkeit im Inland zu diesen Personengruppen gehört hätten,

führt der Leistungsbezug Alg II nicht zur Versicherungspflicht ([§ 5 Abs. 5a Satz 1 zweite Alternative SGB V](#)).

(2) Zur Beratungspflicht in diesen Fällen siehe [Rz. 1.12](#).

(3) Merkmale einer hauptberuflichen Tätigkeit bzw. eine Beschreibung des versicherungsfreien Personenkreises können der [Anlage 4](#) entnommen werden.

(4) Die entsprechenden Abfragen zur Versicherungsfreiheit erfolgen über die [Anlage SV](#) der Antragsvordrucke.

**Weder gesetzlich
noch privat
versichert
(2.6)**

**Antragsvordrucke
(2.7)**

2.3 Altersbedingter Ausschluss

(1) Bei Personen, die nach Vollendung des 55. Lebensjahres hilfebedürftig werden, führt der Bezug von Alg II gemäß [§ 6 Abs. 3a SGB V](#) unter folgenden Bedingungen ebenfalls nicht zur Versicherungspflicht:

1. keine gesetzliche Versicherung in den letzten fünf Jahren vor Beginn des Alg II und
2. mindestens die Hälfte dieser Zeit lag
 - a. Versicherungsfreiheit oder
 - b. eine Befreiung von der Versicherungspflicht oder
 - c. keine Versicherungspflicht wegen der Ausübung einer hauptberuflich selbständigen Tätigkeit ([§ 5 Abs. 5 SGB V](#)) vor.

**Über 55-Jährige
(2.8)**



Beispiel:

Frau B. war bis 30.06.2010 freiwillig gesetzlich krankenversichert. Seit 01.07.2010 ist sie privat krankenversichert und hauptberuflich selbständig erwerbstätig. Im Jahr 2015 hat Frau B. das 55. Lebensjahr vollendet.

Die selbständige Tätigkeit endete am 31.03.2016. Seit 01.04.2016 bezieht Frau B. Alg II. Am 01.10.2016 nimmt sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung auf, Alg II wird weiter bezogen.

Lösung:

Vom 01.04.2016 bis 30.09.2016 ist Frau B. von der Versicherungspflicht aufgrund Alg II-Bezug ausgeschlossen ([§ 5 Abs. 5a SGB V](#)).

Ab 01.10.2016 besteht anlässlich der Aufnahme der Beschäftigung Versicherungsfreiheit nach [§ 6 Abs. 3a SGB V](#), womit der Ausschluss von der Versicherungspflicht nach [§ 5 Abs. 5a SGB V](#) für Frau B. weiterhin bestehen bleibt.

Variante:

Würde Frau B. die Voraussetzungen für die Versicherungsfreiheit nach [§ 6 Abs. 3a SGB V](#) nicht erfüllen, würde die Versicherungspflicht aufgrund der Beschäftigung die Wirkung der Versicherungsfreiheit nach [§ 5 Abs. 5a SGB V](#) aufheben, so dass auch aufgrund des Bezuges von Alg II Versicherungspflicht eintreten würde.

(2) Bezüglich der unter a. bis c. aufgeführten alternativen Voraussetzungen genügt auch eine Ehe oder Lebenspartnerschaft mit einer Person, die eine dieser Vorgaben erfüllt.

**Ehe oder
Lebenspartnerschaft
ausreichend
(2.9)**



3. Mitgliedschaft und Wahlrechte in der GKV

3.1 Zuordnung zu einer Krankenkasse

(1) Die Mitgliedschaft in der GKV und sozialen PV beginnt mit dem Tag, von dem an Alg II bezogen wird. Der Zeitpunkt, an dem die Bewilligung erfolgt, ist unerheblich.

**Beginn
der Mitgliedschaft
(3.1)**

(2) Die Mitgliedschaft endet mit Ablauf des letzten Tages, für den Alg II bezogen wird bzw. Beiträge entrichtet werden. Die Mitgliedschaft endet mit dem Todestag des Mitgliedes. Zur Erstattung von Beiträgen siehe erläuternd [Rz. 5.19](#).

**Ende
der Mitgliedschaft
(3.2)**

(3) Leistungsberechtigten von Alg II steht grundsätzlich das Kassenwahlrecht in dem Umfang zu, wie es den versicherungspflichtigen Beschäftigten zusteht. Sie können zwischen den verschiedenen gesetzlichen Krankenkassen wählen ([§ 173 SGB V](#)).

**Wahlfreiheit
(3.3)**

(4) Sofern die leistungsberechtigte Person nicht ausdrücklich erklärt, ihr Wahlrecht wahrgenommen zu haben, ist sie bei der Krankenkasse anzumelden, bei der sie zuletzt versichert war. Dabei ist es unerheblich, ob zuletzt eine Pflichtversicherung, eine freiwillige Versicherung oder eine Familienversicherung bestand.

**Anmeldung
bei letzter
Krankenkasse
(3.4)**

(5) Erklärt die leistungsberechtigte Person bei Antragstellung, dass sie eine neue Krankenkasse wählen will, muss sie eine Mitgliedsbescheinigung der gewählten Krankenkasse möglichst zusammen mit dem Leistungsantrag, spätestens aber innerhalb von zwei Wochen nach Stellung des Antrages vorlegen. Wird die Mitgliedsbescheinigung nicht innerhalb von zwei Wochen vorgelegt, ist eine Anmeldung bei der gesetzlichen Krankenkasse vorzunehmen, bei der die Versicherung zuletzt bestand.

**Ausübung des Wahlrechts und Vorlage der Mitgliedsbescheinigung
(3.5)**

(6) Das Kassenwahlrecht muss von der leistungsberechtigten Person selbst gegenüber der von ihr gewählten Krankenkasse ausgeübt werden. Es genügt nicht, wenn sie gegenüber dem Jobcenter erklärt, bei welcher Krankenkasse sie versichert werden will.

**Wahrnehmung
des Wahlrechts
(3.6)**

(7) Kinder, die ab Vollendung des 15. Lebensjahres versicherungspflichtig aufgrund des Bezugs von Alg II werden, haben ein Krankenkassenwahlrecht. Wird das Wahlrecht durch die leistungsberechtigte Person ausgeübt und die Mitgliedschaftsbescheinigung rechtzeitig innerhalb von zwei Wochen vorgelegt, erfolgt eine Anmeldung bei der gewählten Krankenkasse. Ansonsten erfolgt die Anmeldung bei der Krankenkasse, bei welcher zuletzt die Familienversicherung durchgeführt wurde.

**Kinder ab Vollendung des 15. Lebensjahres
(3.7)**

Beispiel:

Kind S. vollendet am 17.05. das 15. Lebensjahr. Das Wahlrecht zum Eintritt der Versicherungspflicht des Alg II kann Kind S. im Zeitraum 17.05. – 30.05. ausüben. Wenn es von seinem Wahlrecht wirksam Gebrauch machen will, muss die Mitgliedsbescheinigung innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.



(8) War die leistungsberechtigte Person vor dem Leistungsbezug noch nie bei einer Krankenkasse versichert, ist sie auf ihr Kassenwahlrecht hinzuweisen.

**Hinweis auf das
Krankenkassenwahl-
recht
(3.8)**

(9) Das Jobcenter darf die Wahlentscheidung der Leistungsberechtigten nicht beeinflussen (z. B. durch Werbung oder Empfehlung einer Krankenkasse oder Kassenart).

**Neutralität
(3.9)**

(10) Sofern das Jobcenter für die leistungsberechtigte Person die Krankenkasse auswählt, hat dies nach objektiven Gesichtspunkten zu erfolgen. Als objektiver Maßstab eignet sich beispielsweise die Erreichbarkeit der Krankenkasse für die leistungsberechtigte Person. Als Auswahlkriterium kommt bei ehemals Sozialhilfe beziehenden Personen auch die bisher betreuende Krankenkasse in Betracht.

**Kriterien für die
Krankenkassenwahl
(3.10)**

(11) Auf der [Internetseite des GKV Spitzenverbandes](#) ist eine Übersicht über wählbare Krankenkassen inklusive der ggf. erhobenen Zusatzbeiträge abrufbar.

**Krankenkassenliste
(3.11)**

(12) Durch das Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV wurde vom 01.01.2001 an die Rechtskreistrennung in der gesetzlichen KV aufgehoben (vgl. Runderlass vom 27.12.2000-7253A/7273/7011.5). Gleichwohl haben die Krankenkassen den Kassenhaushalt nach alten und neuen Bundesländern zu trennen. Soweit innerhalb einzelner Kassen nach Rechtskreis unterschieden wird (z. B. IKK GESUND PLUS Rechtskreis Ost und Rechtskreis West) ist darauf zu achten, dass die leistungsberechtigte Person bei der für ihren/seinen Wohnort zuständigen Krankenkasse angemeldet wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Gesamt-Berlin dem Rechtskreis West zugehörig ist.

**Rechtskreis Ost/West
(3.12)**

(13) Die Krankenkasse, bei der die Anmeldung erfolgt, wird der leistungsberechtigten Person im Bewilligungsbescheid mitgeteilt. Eine gesonderte Mitteilung ist grundsätzlich nicht erforderlich. Die gewählte Krankenkasse wird über die Meldung aus dem IT-Verfahren ALLEGRO informiert.

**Mitteilung an leistungsberechtigte
Person und Krankenkasse
(3.13)**

(14) Der Wechsel des Versicherungsgrundes (z. B. Bezug von Alg II unmittelbar im Anschluss an eine versicherungspflichtige Beschäftigung) oder eine Änderung der Leistungsart (z. B. Bezug von Alg II im Anschluss an den bzw. neben dem Bezug von Arbeitslosengeld) bei ununterbrochener Mitgliedschaft löst kein neues Kassenwahlrecht aus.

**Kein Wahlrecht bei
Wechsel des Versicherungsgrundes
(3.14)**

(15) Die alleinige Verlegung des Wohnortes in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Jobcenters bei ununterbrochener Versicherungspflicht begründet kein neues Wahlrecht zu einer Krankenkasse.

**Kein neues Wahlrecht bei Umzug
(3.15)**



(16) Wird die Mitgliedsbescheinigung nicht innerhalb von zwei Wochen nach Eintritt der Versicherungspflicht bzw. nach der Antragstellung (bei Rückwirken des Antrags) vorgelegt, ist die Anmeldung durch das Jobcenter bei einer nach [§ 173 SGB V](#) wählbaren Kasse durchzuführen. Die Ausübung des Wahlrechts durch den Leistungsberechtigten ist nach Ablauf von zwei Wochen nicht mehr wirksam möglich, selbst wenn das Jobcenter bis dahin noch keine wahlersetzende Anmeldung bei einer Krankenkasse vorgenommen hat.

Es obliegt der leistungsberechtigten Person, die aus der Mitgliedsbescheinigung hervorgehende Krankenkasse zu informieren, dass eine Mitgliedschaft doch nicht zustande kommt.

(17) Die Frist, in der das Wahlrecht ausgeübt werden kann, beginnt mit dem Tag der Antragstellung. Hierdurch wird vermieden, dass das Wahlrecht durch gesetzliche Rückwirkung des Antrages auf den Ersten des Monats nicht mehr ausgeübt werden könnte (§ 37 Abs. 2 Satz 2 SGB II).

(18) Solidargemeinschaften zur Gesundheitsvorsorge sind gesetzlichen Krankenkassen nicht gleichgestellt, da sie keine ausreichende Absicherung im Krankheitsfall gewährleisten. Sie können damit keine wählbare Krankenkasse während des Bezugs von Alg II sein.

(19) Krankenkassen, die im Rahmen von [§ 264 Abs. 2 SGB V](#) gegen Erstattung die Kosten für die Krankenbehandlung von nicht gesetzlich Versicherten übernommen haben (betreuende Krankenkassen), sind keine „letzten“ Krankenkassen i. S. der obigen Ausführungen. Bei diesen Kassen lag keine Versicherung vor, sondern es erfolgte lediglich die Abwicklung der Kosten der Krankenbehandlung.

(20) Die Ausgabe eines Berechtigungsscheins zur Inanspruchnahme von Leistungen nach § 11 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) begründet keine Kassenzugehörigkeit und ist somit hinsichtlich der Ausübung des Kassenwahlrechts durch die Spätaussiedler bzw. der Festlegung der Krankenkasse durch das Jobcenter unbeachtlich.

(21) War die leistungsberechtigte Person vor dem Leistungsbezug zuletzt im Ausland krankenversichert, so ist als „letzte“ Krankenkasse die inländische Krankenkasse anzusehen, bei der sie zuletzt versichert war.

(22) Hat sich die „letzte“ Krankenkasse mit einer anderen zusammengeschlossen, so gilt die Nachfolgekrankenkasse als „letzte“ Krankenkasse.

(23) Um eine fehlerhafte Anmeldung bei einer unzuständigen Krankenkasse zu vermeiden, ist von der leistungsberechtigten Person eine Mitgliedsbescheinigung oder ein anderweitiger schriftlicher

**Ersatzwahlrecht des
Jobcenters nach
zwei Wochen
(3.16)**

**Rückwirkung des An-
trags
(3.17)**

**Solidargemeinschaften zur Gesundheits-
vorsorge
(3.18)**

**Krankenkasse mit
Kostenübernahme
für Krankenbehand-
lung
(3.19)**

**Spätaussiedler
(3.20)**

**Ausländische KV
(3.21)**

**Auflösung wegen
Vereinigung von
Krankenkassen
(3.22)**

**Versicherung-
nachweis
(3.23)**

Nachweis der Krankenkasse über die bestehende oder letzte Versicherung (Mitgliedschaft oder Familienversicherung) vorzulegen. Ersatzweise kann die letzte und gültige elektronische Gesundheitskarte bzw. eine Kopie davon vorgelegt werden. In Zweifelsfällen ist Kontakt mit der Krankenkasse aufzunehmen.

3.2 Besondere Personengruppen

(1) Leistungsberechtigte Personen, die im Zeitpunkt der Antragstellung einer LKK angehören oder zuletzt vor diesem Zeitpunkt angehört haben, sind während des Leistungsbezugs bei dieser Kasse zu versichern ([§ 20 KVLG 1989](#)). Diese Personen haben kein Wahlrecht.

**Landwirte und Nebenerwerbslandwirte
(3.24)**

Auch mitarbeitende Familienangehörige sind in der LKK zu versichern, unabhängig davon, ob sie daneben eine weitere, nach dem SGB V versicherungspflichtige Beschäftigung ausüben ([§ 2 Abs. 1 Nr. 3 KVLG 1989](#)).

(2) Selbständige Künstler und Publizisten sind nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) in der KV/PV versicherungspflichtig, wenn sie eine künstlerische oder publizistische Tätigkeit erwerbsmäßig und nicht nur vorübergehend ausüben. Die Künstlersozialkasse prüft die Zugehörigkeit zum versicherten Personenkreis. Die Versicherung wird in einer in [§ 173 SGB V](#) genannten Krankenkasse durchgeführt.

**Selbständige Künstler und Publizisten
(3.25)**

3.3 Krankenkassenwechsel

(1) Macht die leistungsberechtigte Person während des Alg II-Leistungsbezuges vom Wahlrecht Gebrauch, hat sie dem Jobcenter die Mitgliedsbescheinigung der gewählten Kasse unverzüglich vorzulegen. Die Mitgliedsbescheinigung muss spätestens zu dem Zeitpunkt vorgelegt werden, zu dem die Kündigung bei der bisherigen Krankenkasse wirksam werden soll. Wird die Mitgliedsbescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt, ist der Krankenkassenwechsel unwirksam (vgl. Ausführungen in [Rz. 3.16](#)).

**Kassenwahl während des Alg II-Leistungsbezuges
(3.26)**

(2) Bei mehreren zur Meldung verpflichteten Stellen (z. B. mehrere Versicherungspflichttatbestände), muss die Mitgliedsbescheinigung bei allen Stellen vorgelegt werden. Ein Krankenkassenwechsel ist gleichwohl wirksam, wenn die Mitgliedsbescheinigung der neu gewählten Krankenkasse lediglich einer der zur Meldung verpflichteten Stellen vorgelegt wird.

(3) Eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Kassenwahl ist von den Jobcentern nicht durchzuführen. Bei einer Fehlversicherung ist die erforderliche Berichtigung der Meldungen im Einzelfall im Benehmen mit den beteiligten Krankenkassen zu klären.

**Klärung der Rechtmäßigkeit
(3.27)**

(4) Werden von einer leistungsberechtigten Person mehrere Mitgliedsbescheinigungen fristgerecht vorgelegt, ist die Anmeldung bei

**Mehrere Mitgliedsbescheinigungen
(3.28)**



der Krankenkasse vorzunehmen, die von der leistungsberechtigten Person ausdrücklich benannt wird.

3.4 Schließung oder Insolvenz einer Krankenkasse

(1) Für den Fall der Schließung oder Insolvenz einer Krankenkasse ist das Wahlrecht grundsätzlich schon vor dem Wirksamwerden einer Schließung bzw. der Insolvenz auszuüben ([§ 175 Abs. 3a SGB V](#)).

**Ausübung Wahlrecht
(3.30)**

Versicherungspflichtige Leistungsberechtigte müssen im Falle der Schließung oder Insolvenz ihrer Krankenkasse eine neue Krankenkasse wählen.

(2) Legt die versicherungspflichtige Person die Mitgliedsbescheinigung nicht innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach der Zustellung des Schließungsbescheids der Aufsichtsbehörde bzw. der Stellung des Insolvenzantrags bei der Krankenkasse vor, wählt das Jobcenter eine Krankenkasse. Die Anmeldung bei der neuen Krankenkasse erfolgt

**Krankenkassenwahl
durch das Jobcenter
(3.31)**

- bei Schließung: zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Schließung
- bei Insolvenz: zum Ersten des laufenden Monats; spätestens zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder der Abweisung des Insolvenzantrages mangels Masse.

(3) Die Anmeldung bei der neuen Krankenkasse ist durch das Jobcenter innerhalb von zwei weiteren Wochen (im Anschluss an die Sechs-Wochen-Frist) vorzunehmen. Die betroffene Person ist vorrangig bei der Krankenkasse anzumelden, bei der sie vor ihrer Mitgliedschaft bei der abzuwickelnden Krankenkasse versichert war. Bestand keine vorhergehende Versicherung bzw. kann diese nicht mehr ermittelt werden, ist sie bei einer nach [§ 173 SGB V](#) wählbaren Krankenkasse anzumelden.



4. Beiträge in der GKV

4.1 Berechnung und Zahlung der Beiträge bei Bezug von Alg II

(1) Für Zeiträume ab dem 01.01.2016 sind die Beiträge zur KV/PV je Versicherungspflichtigen als Monatspauschale für jeden Kalendermonat zu zahlen, in dem mindestens für einen Tag eine Mitgliedschaft aufgrund Alg II-Bezugs besteht. Eine taggenaue Berechnung erfolgt nicht.

**Monatspauschale
(4.1)**

(2) Die Beiträge für versicherungspflichtige Bezieherinnen und Bezieher von Alg II berechnen sich nach folgender Formel:

**Formel zur
Beitragsberechnung
(4.2)**

$$\underbrace{\text{Bezugsgröße} \quad \times \quad \text{Faktor}}_{\text{beitragspflichtige Einnahme}} \quad \times \quad \text{Beitragssatz}$$

(3) Bundeseinheitlich ist die Bezugsgröße für die alten Bundesländer zugrunde zu legen ([§ 309 Abs. 1 Nr. 1 SGB V](#) i. V. m. [§ 18 Abs. 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IV](#)).

**Bezugsgröße
(4.3)**

(4) Die Faktoren sind ebenfalls bundeseinheitlich festgelegt:

**Faktor
(4.4)**

- Faktor KV: [§ 232a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#)
- Faktor PV: [§ 57 Abs. 1 Satz 2 SGB XI](#)

(5) Bei der Berechnung der Beiträge zur KV ist bei Bezug von Alg II der ermäßigte Beitragssatz nach [§ 243 SGB V](#) zugrunde zu legen ([§ 246 SGB V](#)). Hinzu kommt der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz ([§ 242 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1](#) i. V. m. [§ 242 a SGB V](#)).

**Beitragssatz KV
(4.5)**

(6) In der PV ist ein bundeseinheitlicher Beitragssatz heranzuziehen ([§ 55 Abs. 1 Satz 1 SGB XI](#)).

**Beitragssatz PV
(4.6)**

Die jeweils geltenden Beitragsgrundlagen sind im Intranet unter Rechengrößen der Sozialversicherung abrufbar.

Übersicht Rechengrößen

(7) Für Personen, die Alg II beziehen und nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit und Pflege Anspruch auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben ([§ 28 Abs. 2 SGB XI](#)), beträgt der Beitragssatz die Hälfte des o. a. Beitragssatzes ([§ 55 Abs. 1 Satz 2 SGB XI](#)). Neben den Beamtinnen/Beamten selbst gilt dies z. B. für beschäftigte Beamtenwitwen/-witwer und Vollwaisen von Beamtinnen/Beamten sowie für versicherungspflichtige Rentnerinnen und Rentner, wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit und Pflege einen eigenen Anspruch auf Beihilfe haben.

**Beihilfe/
Heilfürsorge
(4.7)**



(8) Die beitragspflichtigen Einnahmen des Alg II werden für Zeiträume ab dem 01.01.2016 nicht gemindert, auch wenn neben dem Bezug von Alg II weitere beitragspflichtige Einnahmen vorliegen (z. B. aus einer Beschäftigung oder bei Bezug von Arbeitslosengeld).

Keine Minderung durch weitere Einnahmen (4.8)

Auch in diesen Fällen wird die Pauschale gezahlt.

(9) Bei vorläufiger Zahlungseinstellung nach § 40 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. [§ 331 SGB III](#) wird die ursprüngliche Alg II-Bewilligungsentscheidung nicht beseitigt. Die Beiträge zur KV/PV sind für die Zeit einer vorläufigen Zahlungseinstellung weiter zu zahlen und nicht zu unterbrechen. (Urteile [LSG-NSB vom 29.04.2004 – Az.: L 15 AL 5/02](#) und [LSG-BW vom 15.02.2008 – Az.: L 8 AL 3748/05](#)). Zur Erstattung vgl. [Rz. 5.14a](#).

Vorläufige Zahlungseinstellung (4.8a)

(10) Wird Alg II in Ausnahmefällen für denselben Zeitraum durch zwei Jobcenter erbracht (z. B. Doppelbezug KdU nach [Rz.1.30](#)), ist die Pauschale nur vom zeitlich zuerst örtlich zuständigen Jobcenter zu zahlen.

Beiträge bei Doppelbezug Alg II (4.9)

(11) Bei Wohnungslosen und untermonatlichem Wechsel von Personen in eine andere BG ist die Pauschale für jeden Monat nur einmal durch das zeitlich zuerst örtlich zuständige Jobcenter zu zahlen. Gleichwohl ist die Versicherungspflicht für die Zeit des Alg II-Bezuges zu beurteilen (Meldung durch jedes Jobcenter). Zur Umsetzung in ALLEGRO steht im Intranet im ALLEGRO-Wiki eine Arbeitshilfe zur Verfügung.

Beiträge für Wohnungslose und bei untermonatlichem Wechsel(4.10)

(12) Liegt eine Temporäre BG vor, ist die Pauschale für das Kind im Alg II-Bezug jeden Monat nur einmal in der BG des kindergeldberechtigten Elternteils zu zahlen. Werden nur Leistungen in der BG des umgangsberechtigten Elternteils bezogen, wird die Pauschale in dieser BG gezahlt. Zur Umsetzung in ALLEGRO steht im Intranet im ALLEGRO-Wiki eine Arbeitshilfe zur Verfügung.

Beiträge bei Temporärer BG (4.10a)

(13) Die Beiträge zur KV/PV werden vom Bund getragen ([§ 251 Abs. 4 SGB V](#) und [§ 59 Abs. 1 Satz 1 SGB XI](#)).

Beitragstragung (4.11)

(14) Die Bundesagentur oder in den Fällen des § 6a SGB II die zugelassenen kommunalen Träger zahlen die Beiträge zur KV/PV ([§ 252 Abs. 1 Satz 2 SGB V](#) und [§ 60 Abs. 1 Satz 2 SGB XI](#)).

Beitragszahlung (4.12)

(15) Die Beiträge werden unabhängig von dem Zeitraum für den sie gezahlt werden an das BVA als Verwalter des Gesundheitsfonds gezahlt. Die Beiträge zur LKK werden direkt an die Krankenkasse gezahlt.

Empfänger der Beitragszahlung (4.13)

4.2 Säumniszuschläge

(1) Die Beiträge sind am 8. des auf die Zahlung der Sozialleistung folgenden Monats fällig ([§ 23 Abs. 2 Satz 1 SGB IV](#)). Ein Säumnis-

Fälligkeit der Beiträge (4.15)



zuschlag ist daher ab dem 9. des Fälligkeitsmonats für jeden angefangenen Monat der Säumnis zu zahlen. Der Monat beginnt mit dem auf die Fälligkeit des Beitrages folgenden Tag ([§ 26 Abs. 1 SGB X](#) in Verbindung mit [§§ 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB](#)).

(2) Das BVA bzw. die LKK sind zur Prüfung der Beitragszahlungen berechtigt. Basis für die Prüfungen ist die „Monatszusammenstellung der Beitragsabrechnung zur KV/PV“. Die Monatszusammenstellungen können je Jobcenter vom BVA bzw. von den LKK im BA-Servicehaus angefordert werden. Zum Prüfverfahren sind im Intranet unter Allgemeine Hinweise zu Prüfungen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge dargestellt.

**Prüfung der Beiträge
(4.16)**

(3) Dem Säumniszuschlag für KV- oder PV-Beiträge ist grundsätzlich zu entsprechen, wenn die dem Säumniszuschlag zugrunde liegende Beitragsnachforderung rechtmäßig ist. Hatte das Jobcenter unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht, ist auf die Beitragsnachforderung kein Säumniszuschlag zu entrichten ([§ 24 Abs. 2 SGB IV](#)).

**Erhebung von Säumniszuschlägen
(4.17)**

(4) Der Säumniszuschlag beträgt für jeden angefangenen Monat 1 v. H. des rückständigen, auf 50,00 EUR nach unten abgerundeten Betrages ([§ 24 Abs. 1 SGB IV](#)). Sind mehrere Leistungsfällen betroffen, ist die Rundung bei dem mit dieser Forderung erhobenen Gesamtbetrag und nicht bei dem auf den einzelnen Leistungsfall entfallenden Betrag vorzunehmen.

**Höhe
(4.18)**

(5) Stellen das BVA bzw. die LKK z. B. anlässlich einer Prüfung gem. [§ 251 Abs. 5 SGB V](#) fest, dass Beiträge ohne Rechtsgrundlage zurückgefordert (abgesetzt) worden sind, ist als Fälligkeitstag der 8. des Monats anzunehmen, der dem Monat folgt, in dem die Beiträge abgesetzt wurden. Der Säumniszuschlag ist ab dem darauf folgenden Tag an zu zahlen.

**Rückforderung /
Absetzung von
Beiträgen
(4.19)**

Beispiel:

Am 08.05. wurden aufgrund einer am 23.04. angewiesenen Leistungsfalländerung ohne Rechtsgrundlage Beiträge in Höhe von 56,00 EUR abgesetzt. Die fehlerhafte Bearbeitung wurde am 21.08. festgestellt und korrigiert. Das BVA fordert zu Recht für die Zeit bis 20.08. einen Säumniszuschlag. Dieser ist für 4 angefangene Monate (09.05. bis 20.08) zu zahlen.

Berechnung:

Mai:	56,00 EUR (Mai), gerundet: 50,00 EUR x 1 v. H. =	0,50 EUR
Juni:	112,00 EUR (Mai + Juni) gerundet: 100,00 EUR x 1 v. H. =	1,00 EUR
Juli:	168,00 EUR (Mai bis Juli), gerundet: 150,00 EUR x 1 v. H. =	1,50 EUR
August:	224,00 EUR (Mai bis August), ger.: 200,00 EUR x 1 v. H. =	2,00 EUR
Zu entrichtender Säumniszuschlag gesamt:		5,00 EUR

(6) Bei einer Beitragsnachforderung unter 100,00 EUR ist kein Säumniszuschlag zu zahlen, wenn dieser gesondert schriftlich anzufordern wäre ([§ 24 Abs. 1 Satz 2 SGB IV](#)). Maßgeblich ist hierfür der mit einer Forderung erhobene Gesamtbetrag und nicht der auf einen Leistungsfall entfallende Einzelbetrag.

**Bagatellgrenze
(4.20)**



(7) Beitragskorrekturen sind durch eine Korrektur des Sachverhaltes im IT-Verfahren ALLEGRO zu veranlassen (verpflichtende Nutzung nach § 50 Abs. 3 SGB II). Die ausschließliche Überweisung der Beitragsforderung und des erhobenen Säumniszuschlags außerhalb dieser IT-Verfahren ist nicht zulässig, da hierdurch ggf. erforderliche Korrekturen zu den Meldungen an die Krankenkassen nicht durchgeführt werden. Auch mögliche weitere Korrekturen zu einem späteren Zeitpunkt werden dann auf Basis falscher Beitragszahlungen durchgeführt.

**Beitragskorrekturen
(4.21)**

(8) Säumniszuschläge sind in ERP anzuweisen (vgl. im Intranet unter Anwenderhandbuch ERP Finanzen, Modul PSCD: Finanzwesen, Punkt 3.1 Erfassen einer Einmalauszahlungsanordnung).

**Anweisung
Säumniszuschlag
(4.22)**

Für den Säumniszuschlag ist die zutreffende Finanzposition (KV-Säumniszuschlag, PV-Säumniszuschlag) zu verwenden, vgl. im Intranet unter Arbeitsmittel → Kontierungshandbuch → Vertragskontokorrent-Sicht (PSCD) → Vertragskontotyp 10 → Vertragsgegenstandsart 10-1700 - Alg II und Sozialgeld.

5. Erstattung von Beiträgen

(1) Die Erstattung von Beiträgen erfolgt für Zeiträume ab dem 01.01.2016 grundsätzlich nur noch vom Leistungsberechtigten. Gegenüber dem BVA bzw. der LKK kommt eine Erstattung nur noch in Ausnahmefällen (z. B. bei Fehlversicherung, siehe [Abschnitt 5.2](#)) in Betracht.

**Grundsätzliches
zur Erstattung
(5.1)**

(2) Das Versicherungsverhältnis bleibt grundsätzlich auch bei einer Aufhebung der Bewilligungsentscheidung des Alg II sowie dessen Rückforderung bzw. Rückzahlung bestehen. Eine Korrektur der Versicherungszeiten (Meldungen an die Krankenkasse) wird nur in den Ausnahmefällen vorgenommen, in denen die Beiträge durch das BVA bzw. die LKK erstattet werden (z. B. bei Fehlversicherung).

**Grundsätzliches
zum Versicherungsverhältnis bei
Erstattung
(5.2)**

5.1 Erstattung von Beiträgen zur GKV

(1) Eine Entscheidung über die Erstattung der Beiträge ist für Zeiträume ab dem 01.01.2016 nur zu treffen, wenn in einem Monat für keinen Tag rechtmäßig Alg II gewährt wurde bzw. zu gewähren ist (§ 40 Abs. 2 Nr. 5 zweiter Halbsatz SGB II).

**Erstattung nur bei
voller Aufhebung
(5.2)**

Einen Überblick über die Prüfreihefolge zur Erstattung von KV/PV-Beiträgen bietet [Anlage 3](#).

**Überblick zur Erstat-
tung KV/PV-Beiträge**

(2) Wird die Bewilligung von Alg II nur teilweise der Höhe nach aufgehoben oder bleibt für Teile des Monats ein Anspruch bestehen, erfolgt keine Beitragserstattung. In diesen Fällen bleibt es bei der Zahlung der Monatspauschale.

**Keine Erstattung bei
teilweiser Aufhebung
(5.3)**

Auch das Versicherungsverhältnis aufgrund des Bezugs von Alg II bleibt dann bestehen.

(3) Die Beiträge zur KV und PV sind durch den Leistungsberechtigten zu ersetzen, wenn

- die Bewilligung der Leistung für mindestens einen ganzen Kalendermonat vollständig aufgehoben und zurückgefordert wurde und
- im Überzahlungszeitraum kein weiteres KV-Verhältnis bestand und
- die Aufhebung der Leistung auf [§ 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 oder 2](#) bzw. auf [§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X](#) beruht oder beruhen könnte.

**Erstattung durch den Leistungsberechtigten
(5.4)**

(4) Für Zeiträume ab dem 01.01.2016 sind ab dem Tag, an dem die leistungsberechtigte Person ihren gesetzlichen Mitwirkungspflichten nachgekommen ist, die Beiträge nicht mehr zu erstatten. Diese werden auch nicht vom BVA bzw. den LKK erstattet.

**Tag der Mitteilung durch den Leistungsberechtigten
(5.5)**

Beispiel:

Ausgangssituation:

- Alg II bis 31.12. bewilligt und ausgezahlt
- Anspruch auf Alg II bis 31.10., Aufhebung wegen bedarfsdeckender Einkommenserzielung aus Selbständigkeit ab 01.11.
- Rückforderung Alg II für die Zeit von 01.11. bis 31.12.

Variante 1: Mitteilung über Aufnahme der Tätigkeit am 26.10.

- Keine Rückforderung der KV/PV-Beiträge für die Zeit ab 01.11.

Variante 2: Mitteilung über Aufnahme der Tätigkeit am 15.11.

- Rückforderung der Beiträge für die Zeit von 01.11. bis 14.11. bei der leistungsberechtigten Person
- Keine Erstattung der KV/PV-Beiträge für die Zeit ab 15.11.

Variante 3: Mitteilung über Aufnahme der Tätigkeit am 02.12.

- Rückforderung der Beiträge für die Zeit von 01.11. bis 01.12. bei der leistungsberechtigten Person

(5) Für den Zeitraum, für den die Beiträge durch die leistungsberechtigte Person zu ersetzen sind oder die Beiträge bei BVA oder LKK verbleiben, bleibt auch das KV/PV-Verhältnis bestehen. Dies bedeutet, dass eine Korrektur der Versicherungszeiten nicht vorgenommen werden darf. Die Zeiträume der Meldungen und Beitragszahlungen stimmen damit überein.

**Bestand des Versicherungsverhältnisses
(5.6)**

(6) Wenn die bewilligte Leistung

- für mindestens einen ganzen Kalendermonat vollständig aufgehoben und zurückgefordert wurde und
- im Überzahlungszeitraum ein weiteres KV-Verhältnis vorlag,

erfolgt keine Beitragserstattung durch den Leistungsberechtigten.

**Kein Beitragserstattungsanspruch
(5.7)**



Es erfolgt auch keine Beitragserstattung durch das BVA oder die LKK (kein Beitragserstattungsanspruch vgl. § 40 Abs. 2 Nr. 5 3. Halbsatz SGB II).

(7) Da die Beiträge nicht ersetzt werden, bleibt auch das KV/PV-Verhältnis aus verwaltungsökonomischen Gründen grundsätzlich bestehen. Dies bedeutet, dass eine Korrektur der Versicherungszeiten im Regelfall nicht vorgenommen werden muss. Die Ausnahmefälle, in denen eine Korrektur des KV/PV-Verhältnisses durchzuführen ist, können [Abschnitt 5.2](#) entnommen werden.

**Bestand des Versicherungsverhältnisses
(5.8)**

(8) Ein weiteres KV-Verhältnis wird durch

- die Versicherungspflicht nach [§ 5 SGB V](#),
- eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im EU-Ausland, in einem EWR-Staat oder der Schweiz

**Weiteres KV-Verhältnis
(5.9)**

begründet.

(9) Wird Alg II von einem Jobcenter unrechtmäßig gewährt (unrechtmäßiger Doppelbezug), liegt ein weiteres KV-Verhältnis vor. Es erfolgt keine Beitragserstattung.

**Alg II als weiteres KV-Verhältnis
(5.10)**

Zur Umsetzung in ALLEGRO steht im Intranet im ALLEGRO-Wiki eine Arbeitshilfe zur Verfügung.

Beispiel:

Zwei Jobcenter gewähren Alg II für den gleichen Zeitraum. In einem Jobcenter wird die Bewilligung der Leistung für den ganzen Kalendermonat vollständig aufgehoben und zurückgefordert. Aufgrund des rechtmäßigen Alg II-Bezugs bei dem anderen Jobcenter besteht ein weiteres Krankenversicherungsverhältnis i. S. v. [§ 335 Abs. 1 Satz 2 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III](#). Eine Beitragserstattung vom Leistungsberechtigten scheidet daher aus. Gem. 40 Abs. 2 Nr. 5 dritter Halbsatz SGB II erfolgt auch keine Beitragserstattung durch das BVA bzw. die LKK.

Dies gilt auch, wenn Alg II zwar rechtmäßig durch zwei Jobcenter erbracht, die Monatspauschale jedoch unrechtmäßig mehrfach entrichtet wurde.

Wird Alg II in den Fallgestaltungen der [Rz. 4.10](#) rechtmäßig in einem Kalendermonat zeitlich hintereinander gewährt, aber die Monatspauschale zu Unrecht doppelt gezahlt, ist eine Erstattung nach [§ 26 Abs. 2 SGB IV](#) durchzuführen. Eine vorherige Anhörung der Krankenkasse ist in diesen Fallgestaltungen entbehrlich, da die Systemzuordnung zur GKV regelmäßig einheitlich beurteilt wurde.

**Erstattung Pauschale bei Wohnungslosen/untermonatlichen Wechseln/temporäre BG
(5.11)**

Beispiel:

Zwei Jobcenter gewähren rechtmäßig Alg II an einen Wohnungslosen in verschiedenen Zeiträumen innerhalb eines Monats (zeitlich hintereinander). Bei der Bewilligung durch das zeitlich als zweites örtlich zuständige Jobcenter wird die Pauschale zur GKV versehentlich doppelt gezahlt. Eine Beitragserstattung ist in diesem Fall nach § 26 Abs. 2 SGB IV vom BVA durchzuführen. Die Erstattung ist durch Absetzung der fälschlich

doppelt gezahlten Pauschale beim BVA durch das „zweite“ Jobcenter vorzunehmen.

(10) Bei Personen in beitragsfreien KV-Verhältnissen, z. B.

- Krankengeld,
- Verletztengeld,
- Mutterschaftsgeld und
- Elterngeld

**Kein Beitragsersatz
(5.12)**

besteht kein weiteres KV-Verhältnis i. S. [§ 335 Abs. 1 Satz 2 SGB III](#).

Von einer Geltendmachung der Beiträge gegenüber der leistungsberechtigten Person ist jedoch abzusehen.

Bei Personen in besonderen Gesundheitsfürsorgesystemen, wie z. B. Strafgefangene (freie Heilfürsorge) oder Soldaten der Bundeswehr (unentgeltliche truppenärztliche Versorgung) besteht kein weiteres KV-Verhältnis i. S. [§ 335 Abs. 1 Satz 2 SGB III](#).

Es ist hier ebenfalls von einer Geltendmachung der Beiträge gegenüber der leistungsberechtigten Person abzusehen. Dadurch werden Personen mit gesetzlichem Anspruch auf Krankenversorgung gleich behandelt mit Personen, für die ein weiteres, aber beitragsfreies KV-Verhältnis besteht.

(11) Lag im Überzahlungszeitraum neben der Pflichtversicherung durch den Alg II-Bezug lediglich

- eine freiwillige GKV oder
- eine PKV

**Beitragsersatz bei
freiwilliger oder
Privatversicherung
(5.13)**

vor, so begründen diese kein weiteres KV-Verhältnis im Sinne von [§ 335 SGB III](#) und befreien die leistungsberechtigte Person nicht vom Beitragsersatz.

(12) In Mehr-Personen-BG, in denen Alg II aufgrund der Einkommenserzielung eines Mitglieds für mindestens einen Monat vollständig aufgehoben wird, gilt die Beurteilung des „weiteren KV-Verhältnisses“ neben der Person selbst auch für alle weiteren BG-Mitglieder. Dadurch werden die weiteren BG-Mitglieder nicht schlechter gestellt als die Person, die das bedarfsdeckende Einkommen erzielt.

**Rückforderung in
Mehr-Personen-BG
(5.14)**

Beispiel:

Eine BG besteht aus zwei, in der GKV aufgrund des Bezugs von Alg II versicherungspflichtigen Personen. Aufgrund der Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung durch ein BG-Mitglied wird Alg II vollständig aufgehoben; es kommt zu einer Überzahlung der Leistungen für einen Monat. Für die Person, welche die Beschäftigung aufnimmt, liegt ein weiteres KV-Verhältnis vor, so dass eine Erstattung durch BVA/LKK oder den Leistungsberechtigten nicht erfolgt. Eine Erstattung der Beiträge für bzw. durch die weitere Person der BG käme grds. in Betracht,



da für diese kein weiteres KV-Verhältnis im Überzahlungszeitraum vorliegt. Aus Billigkeitsgründen ist jedoch von einer Erstattung abzusehen.

(13) Wird die ursprünglich bewilligte aber vorläufig eingestellte Leistung aufgehoben, sind für die durchgehend weiter gezahlten Beiträge die allgemeinen Regelungen zur Erstattung zu berücksichtigen (vgl. [Abschnitt 5.1](#)).

Erstattung bei vorläufiger Zahlungseinstellung (5.14a)

(14) Die vorläufige Entscheidung (§ 41a SGB II) ermöglicht eine vereinfachte Korrektur der Entscheidung. Von der Erstattungspflicht nach § 41a SGB II sind nur die Leistungen und nicht die Beiträge umfasst. Die KV- und PV-Beiträge sind in diesen Fällen weder vom Leistungsberechtigten noch vom BVA oder von den LKK zu erstatten.

Keine Erstattung KV/PV bei vorläufiger Entscheidung (5.15)

5.2 Fehlversicherungen

(1) In den nachfolgend beschriebenen Fehlversicherungen erfolgt eine Korrektur der Versicherungszeiten (Meldungen an die Krankenkasse), da hier auch eine Korrektur der Beiträge zwischen BA und BVA oder LKK vorgenommen wird.

(2) Wurde während des Bezuges von Alg II anstelle der Versicherungspflicht in der GKV eine PKV durchgeführt, ist eine rückwirkende Korrektur des Versicherungsverhältnisses durchzuführen, da die Versicherungspflicht kraft Gesetz eingetreten ist.

PKV statt Pflichtversicherung GKV (5.16)

Als Folge sind die Beiträge an das BVA bzw. die LKK zu zahlen. Die Verjährungsvorschriften sind zu beachten (vgl. [Rz. 5.20](#)).

(3) Für die Erstattung der gezahlten Zuschüsse vgl. Fachliche Weisungen zu § 26 SGB II.

(4) Wurde eine Pflichtversicherung in der GKV anstelle einer PKV durchgeführt, ist der Status rückwirkend zu korrigieren.

Pflichtversicherung GKV statt PKV (5.17)

Die Beiträge sind durch das BVA oder die LKK unter Beachtung des [§ 26 Abs. 2 SGB IV](#) zu erstatten. Die Verjährungsvorschriften sind zu beachten (vgl. [Rz. 5.20](#)). Die Voraussetzungen für eine Erstattung liegen vor, wenn für den Zeitraum, für den die Beiträge zu Unrecht entrichtet worden sind, keine Krankenleistungen erbracht oder zu erbringen sind. Dies bestätigt die ursprünglich zuständig gewesene Krankenkasse im Einzelfall auf Anfrage des Jobcenters.

(5) Wurde der Leistungsberechtigte dem gesetzlichen System zugeordnet, aber fehlerhaft entweder in der LKK oder bei einer KK versichert ist eine Korrektur durchzuführen. Auch in diesen Sachverhalten sind die Ausführungen in der [Rz. 5.17](#) zur Erstattung ([§ 26 Abs. 2 SGB IV](#)) und in der [Rz. 5.20](#) zur Verjährung entsprechend zu berücksichtigen.

Fehlversicherung in der LKK bzw. KK (5.18)

(6) Eine Korrektur hat auch dann zu erfolgen, wenn z. B. nach Rückmeldung der Krankenkasse eine Versicherung bei einer unzuständigen Krankenkasse durchgeführt wurde.



Beispiel:

Herr A. ist aufgrund des Bezugs von Alg II versicherungspflichtig zur GKV und Mitglied bei der Krankenkasse 1. Durch Aufnahme einer bedarfsdeckenden versicherungspflichtigen Beschäftigung wird sein Alg II vollständig aufgehoben; es kommt zu einer Überzahlung der Leistungen (Alg II) für einen Monat. Die Beiträge zur KV/PV sind weder vom BVA/LKK noch von Herrn A. zu erstatten, da im Aufhebungszeitraum ein weiteres KV-Verhältnis vorliegt. Aufgrund der zusammen mit der Veränderungsmitteilung eingereichten neuen Mitgliedsbescheinigung bei der Krankenkasse 2 wird allerdings bekannt, dass Herr A. mit Beginn der Beschäftigung zur Krankenkasse 2 gewechselt ist.

In diesen Fällen ist eine Korrektur der BA-Meldung zu veranlassen, da diese für den Zeitraum der Aufhebung bei der unzutreffenden Krankenkasse 1 erfolgte. Die Meldung der BA für die Krankenkasse 1 ist somit auf den Zeitraum des rechtmäßigen Alg II-Bezuges zu korrigieren (zu verkürzen).

(7) Im Todesfall endet die Mitgliedschaft, die Versicherungs- und Beitragspflicht entfällt. Für den Monat, in den der Todestag fällt, wird der pauschale Monatsbeitrag nicht zurück gefordert (vgl. [Rz. 5.4](#)). Beiträge, die über den Sterbemonat hinaus gezahlt wurden, sind zu Unrecht entrichtet worden und im Rahmen des [§ 26 Abs. 2 SGB IV](#) durch das BVA bzw. die LKK zu erstatten.

**Todesfall
(5.19)**

(8) Ein Erstattungsanspruch gegenüber dem BVA oder einer LKK verjährt in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Beiträge entrichtet worden sind ([§ 27 Abs. 2 Satz 1 SGB IV](#)). Entscheidend ist die Fälligkeit und nicht der Zeitraum für den die Beiträge gezahlt wurden. Nach Eintritt der Verjährung dürfen Beiträge nicht mehr vom BVA/von der LKK zurückgefordert werden.

**Verjährung bei Er-
stattung durch
BVA/LKK
(5.20)**

Eine Hemmung der Verjährung ist jedoch u. a. durch einen schriftlichen Antrag auf Erstattung möglich ([§ 27 Abs. 3 Satz 2 SGB IV](#)).

Beispiel 1:

Im Juni 2012 wurde für einen Alg II-Bezug eine Versicherungspflicht durchgeführt und es wurden Beiträge entrichtet. Korrekt wäre eine PKV gewesen.

Verlauf der Verjährungsfrist: 01.01.2013 – 31.12.2016.

Seit 01.01.2017 dürfen die Beiträge nicht mehr durch die Jobcenter zurückgefordert werden, weil die Verjährungsfrist abgelaufen ist.

Beispiel 2:

Im April 2012 wurde für einen Alg II-Bezug im Mai 2010 eine Versicherungspflicht durchgeführt und es wurden Beiträge entrichtet (z. B. wurde aufgrund eines Klageverfahrens der Anspruch für Mai 2010 erst im April 2012 festgestellt).

Die Beiträge wurden im Jahr 2012 entrichtet. Danach richtet sich die Verjährungsfrist: Verlauf der Verjährungsfrist: 01.01.2013 – 31.12.2016.

Seit 01.01.2017 dürfen die Beiträge nicht mehr zurückgefordert werden.

Weitere Informationen zur Verjährung können den Allgemeinen Hinweisen zu Prüfungen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge entnommen werden (siehe Punkt 1 - Rechtliche Grundlagen).

5.3 Beitragsersatz bei Erstattungsansprüchen

(1) Bei Geltendmachung eines Erstattungsanspruches im Rahmen [§§ 102 ff. SGB X](#) ist die Bewilligung des Alg II gegenüber der leistungsberechtigten Person nicht aufzuheben.

Keine Aufhebung der Bewilligung (5.21)

(2) Daher hat auch das KV/PV-Verhältnis Bestand. Dies bedeutet, dass eine Korrektur der Versicherungszeiten nicht vorgenommen werden darf, auch wenn die Beiträge aus der Versicherungspflicht des Alg II im Rahmen des Erstattungsanspruches ersetzt werden.

Bestand des Versicherungsverhältnisses (5.22)

5.3.1 Beitragsersatz bei Gewährungen von Renten

(1) Wird eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zuerkannt, besteht gegen den Rentenversicherungsträger für den Zeitraum, für den Alg II gewährt wurde, ein Erstattungsanspruch (§ 40a SGB II i. V. m. [§ 104 SGB X](#) bzw. § 44a Abs. 3 SGB II i. V. m. [§ 103 SGB X](#)).

Rentengewährung (5.23)

Dieser umfasst auch die Aufwendungen zur KV und PV (§ 40 Abs. 2 Nr. 5 SGB II i. V. m. [§ 335 Abs. 2 SGB III](#)).

(2) Ersetzt werden die Beitragsanteile der versicherten Rentnerin/des versicherten Rentners und des Rentenversicherungsträgers, die aus der Rente zu entrichten wären. Die Höhe der aufgrund des Bezugs von Alg II gezahlten Beiträge ist unerheblich.

Höhe des Beitragersatzes (5.24)

(3) Für die Höhe des Beitragersatzes ist es unerheblich, ob der Erstattungsanspruch das gezahlte Alg II voll umfasst oder aufgrund der Höhe der Rente nur eine teilweise Erstattung des Alg II erfolgt.

Beitragsersatz bei teilweiser Erstattung des Alg II (5.25)

5.3.2 Beitragsersatz bei Gewährung von Übergangsgeld

(1) Wird wegen einer Maßnahme zur Rehabilitation nachträglich Übergangsgeld zugebilligt, das Beitragspflicht zur KV/PV auslöst, besteht gegen den Rehabilitationsträger für den Zeitraum, für den Alg II gewährt wurde, ein Erstattungsanspruch auch hinsichtlich der KV/PV-Beiträge (§ 40 Abs. 2 Nr. 5 SGB II i. V. m. [§ 335 Abs. 2 SGB III](#)).

Übergangsgeld (5.26)

(2) Ersetzt werden die Beiträge, die der Rehabilitationsträger zu zahlen gehabt hätte. Die Höhe der aufgrund des Bezugs von Alg II gezahlten Beiträge ist unerheblich.

Höhe (5.27)

(3) Bei Erstattungsansprüchen aufgrund der Vorausleistung von Übergangsgeld und Verletztengeld nach § 25 SGB II werden die KV/PV-Beiträge durch den Rehabilitationsträger in Höhe der Alg II-Beiträge erstattet, da sich diese Beiträge in Höhe der Alg II-Beiträge errechnen. Erstattet wird für jeden vom Erstattungszeitraum tangierten Monat die Monatspauschale, sobald auch nur an einem Tag im Monat rechtmäßig Alg II in Vorausleistung erbracht wurde.

Beispiel:

Übergangsgeld bei medizinischer Reha der gesetzlichen Rentenversicherung vom 26.01.2017 bis 16.02.2017 bei Vorausleistung Alg II nach § 25 SGB II.

Erstattungszeitraum 01/2017: Erstattungszeitraum 02/2017:

KV: 96,81 Euro

KV: 96,81 Euro

PV: 17,19 Euro

PV: 17,19 Euro

Vorausleistung nach § 25 SGB II bei Anspruch auf Übergangsgeld und Verletztengeld (5.28)

5.3.3 Sonstige Ersatzansprüche

(1) Besteht ein Erstattungsanspruch wegen der vorrangigen Gewährung sonstiger, der KV/PV-Pflicht unterliegenden Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld), sind die überzahlten Beiträge nicht im Rahmen des Erstattungsanspruchs geltend zu machen.

Sonstige sozialversicherungspflichtige Leistungen (5.29)

Auch eine anderweitige Geltendmachung (z. B. Absetzung vom BVA oder Rückforderung vom Leistungsberechtigten) ist ausgeschlossen.

(2) Besteht ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II wegen festgestellter fehlender Erwerbsfähigkeit nicht mehr und wird die Kundin/der Kunde an den SGB XII-Träger verwiesen, sind die Leistungen nach dem SGB II zunächst weiter zu erbringen. Gegenüber dem SGB XII-Träger ist ein Erstattungsanspruch anzuzeigen.

Nahtlosigkeit bei Erwerbsunfähigkeit (5.30)

Von diesem Erstattungsanspruch sind jedoch nicht die während des Alg II-Bezugs erbrachten KV/PV-Beiträge zur GKV umfasst (siehe [BSG-Urteil vom 25.09.2014 – Az.: B 8 SO 6/13 R](#)).

Zum grundsätzlichen Verfahren sind die Fachlichen Weisungen zu § 44a SGB II zu beachten.

(3) Wurde in dem Zeitraum, für den ein Arbeitsentgeltanspruch besteht, Alg II bezogen, besteht ein Ersatzanspruch gegen den Arbeitgeber ([§ 115 SGB X](#)).

Nachträgliche Erfüllung eines Arbeitsentgeltanspruches (5.31)

(4) Der Ersatzanspruch umfasst nicht die Beiträge zur gesetzlichen KV/PV, da [§ 335 Abs. 3 SGB III](#) im SGB II keine Anwendung findet (vgl. § 40 Abs. 2 Nr. 5 SGB II). Eine Erstattung durch den Leistungsberechtigten oder durch das BVA bzw. die LKK erfolgt ebenfalls nicht.

Gesetzliche Beiträge (5.32)



(5) Die Ausführungen gelten entsprechend für einen Zeitraum mit Anspruch auf Insolvenzgeld.

**Insolvenzgeld
(5.33)**

(6) Der Zeitraum der Geltendmachung und Realisierung von Ersatzansprüchen nach §§ 34 und 34a SGB II umfasst auch die Beiträge zur gesetzlichen KV/PV.

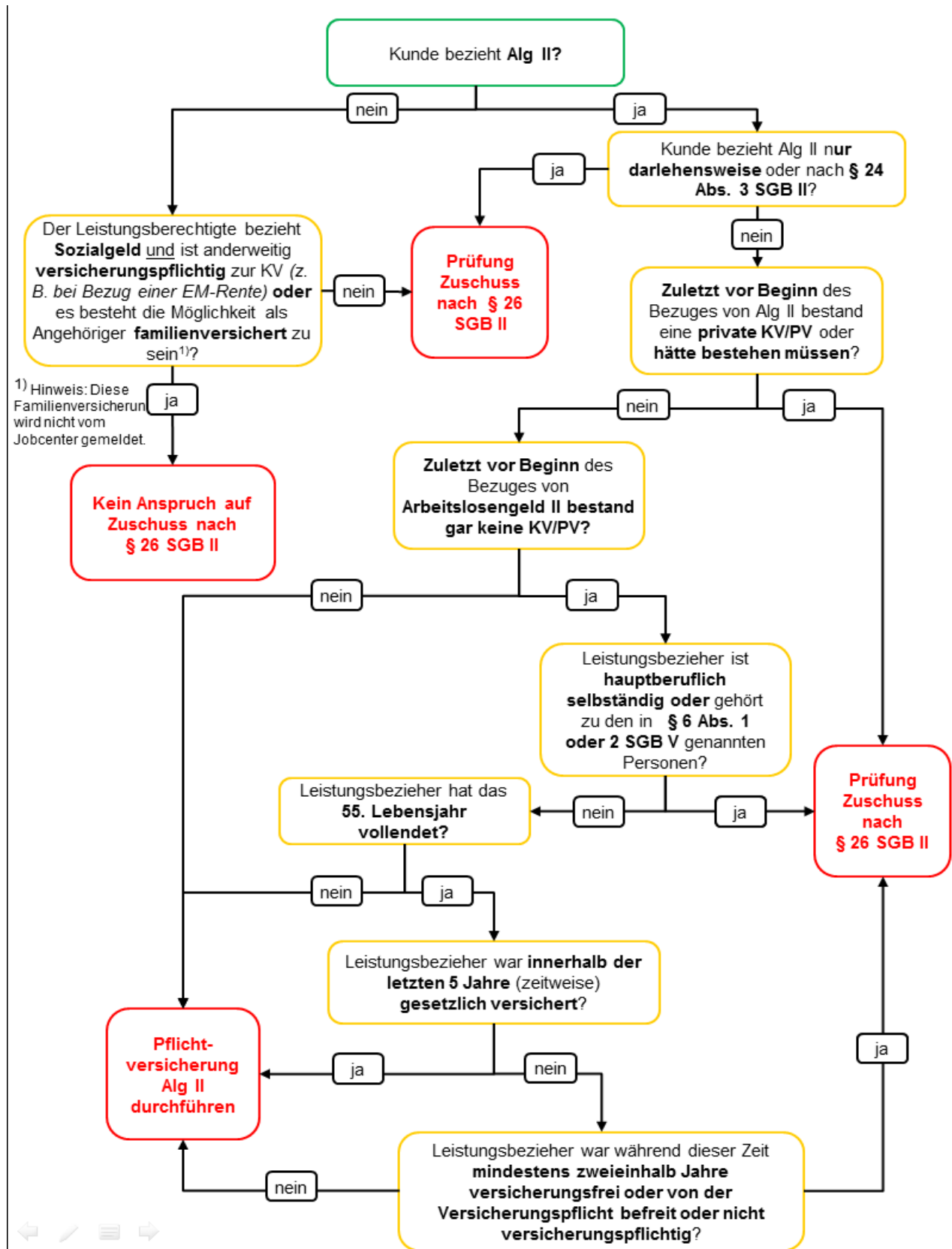
**Ersatzansprüche
(5.33a)**

(7) Ein Schadensersatzanspruch gegen Dritte nach § 62 SGB II umfasst auch die Beiträge zur gesetzlichen KV/PV während des Leistungsbezuges.

**Schadenersatzpflicht
Dritter - § 62 SGB II
(5.34)**

(8) Ein Ersatzanspruch des Leistungsträgers gegen den Schädiger umfasst neben den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II auch die Beiträge zur gesetzlichen KV/PV ([§ 116 Abs. 1 Satz 2 SGB X](#)).

**Schadenersatzan-
sprüche gegen Dritte
- § 116 SGB X
(5.35)**

Anlage
Anlage 1 - Versicherungsschutz in der KV/PV ab 01.01.2016*


*) Die Übersicht stellt die allgemeinen Regelungen zur KV/PV nach dem seit 01.01.2016 geltenden Recht dar. Sie ersetzt nicht die Ausführungen in den Fachlichen Weisungen oder der WDB. Nicht abgebildet ist der Sachverhalt, wenn Hilfebedürftigkeit nur durch die Zahlung der KV/PV-Beiträge eintritt.

Anlage

Anlage 2 - Übersicht Definition Alg II

Leistungen, welche die Versicherungspflicht begründen

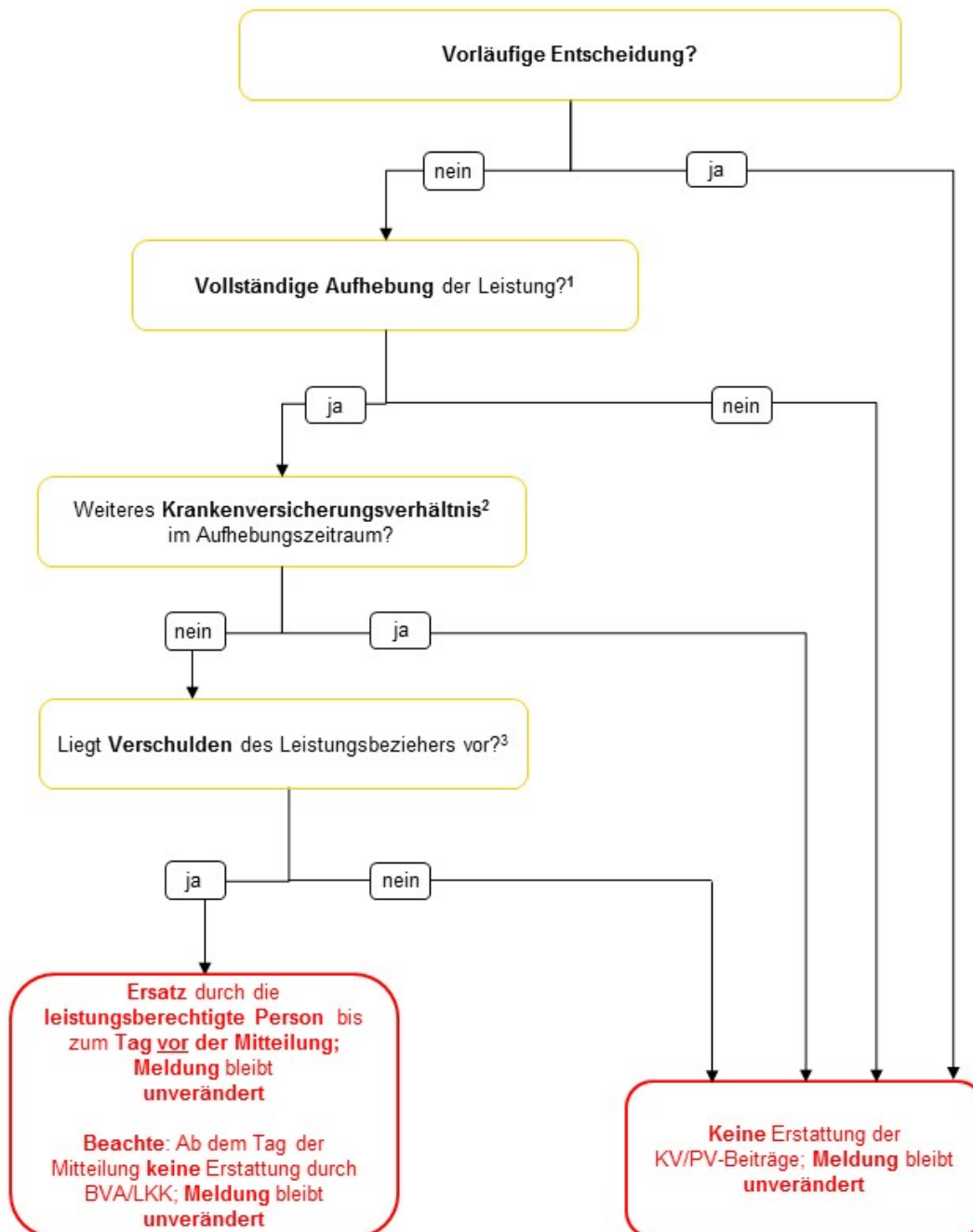
Die folgenden Bedarfe sind Bestandteil von Alg II und begründen somit bei Leistungsbezug die Versicherungspflicht, sofern keine Zuordnung zur PKV erfolgt:

- Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts
- Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt
- Bedarfe für Unterkunft und Heizung (KdU), einschließlich einmaliger KdU-Bedarfe (z. B. Nachzahlungen von Heiz- / Betriebskosten, Wohnungsbeschaffungskosten als Zuschuss)

Leistungen, welche keine Versicherungspflicht begründen

Der Bezug folgender Leistungen begründet für sich keine Versicherungspflicht:

- Leistungen zur Eingliederung (§§ 16 ff SGB II), z. B. Einstiegsgeld
- Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB III
- Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen
- Sozialgeld (§ 19 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 23 SGB II)
- Leistungen an Auszubildende, z. B. in Höhe der Mehrbedarfe, Bedarf für KdU als Zuschuss (§ 27 SGB II)
- Leistungen als Darlehen
 - Aufwendungen für Instandhaltung von Wohneigentum und zur Wohnungsbeschaffung (Mietkaution) als Darlehen (§ 22 Abs. 2 und 6 SGB II)
 - Übernahme von Mietschulden (§ 22 Abs. 8 SGB II)
 - Leistungen zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 24 Abs. 1 Satz 1 SGB II)
 - Leistungen, die nur darlehensweise erbracht werden, weil in dem Monat voraussichtlich Einnahmen anfallen (§ 24 Abs. 4 SGB II)
 - Leistungen in Fällen, in denen die sofortige Verwertung von Vermögen eine besondere Härte bedeutet (§ 24 Abs. 5 SGB II)
 - Darlehen an Auszubildende (§ 27 Abs. 3 SGB II)
- Leistungen für einmalige Bedarfe nach § 24 Abs. 3 Satz 1 SGB II
 - Erstausstattungen für Wohnungen einschließlich der Haushaltsgeräte
 - Erstausstattungen für Bekleidung und bei Schwangerschaft/Geburt
 - Leistungen zur Anschaffung und Reparatur von orthopädischen Schuhen, Reparatur von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie Miete dieser Geräte
- Zuschuss zu Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung (§ 26 SGB II)
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe (§ 28 SGB II)

Anlage
Anlage 3 - Prüfreihefolge Erstattung gesetzliche KV/PV-Beiträge


- 1) Kein einziger Tag rechtmäßiger Alg II-Bezug im gesamten Kalendermonat
- 2) weiteres Krankenversicherungsverhältnis: z. B. versicherungspflichtige Beschäftigung, Bezug von Arbeitslosengeld (Versicherungspflicht tritt ein, vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 SGB V)
kein weiteres Krankenversicherungsverhältnis: z. B. Einkommen aus einer hauptberuflichen Selbständigkeit führt zum Wegfall der Hilfebedürftigkeit (Versicherungspflicht tritt nicht ein, vgl. § 5 Abs. 5 SGB V).
- 3) Die Aufhebung der Leistung beruht auf § 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 oder 2 bzw. auf § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X

Anlage

Anlage 4 - Definitionen nach [§ 5 Abs. 5a SGB V](#)

Gesamtschau „hauptberufliche Ausübung“

Eine selbständige Tätigkeit wird dann hauptberuflich ausgeübt, wenn sie bei einer Gesamtschau von der wirtschaftlichen Bedeutung und dem zeitlichen Aufwand her die übrigen Erwerbstätigkeiten zusammen deutlich übersteigt und den Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit darstellt. Die selbständige Tätigkeit muss deutlich überwiegen. Das bedeutet:

Einkommen und Zeitaufwand sind sowohl bei der selbständigen Tätigkeit als auch – sofern zugleich ausgeübt – bei der abhängigen Beschäftigung zu ermitteln. Überwiegt beides bei der selbständigen Tätigkeit, wird diese hauptberuflich ausgeübt. Ist einer der Faktoren bei selbständiger Tätigkeit und Beschäftigung gleich, gibt der andere den Ausschlag.

Handelt es sich um einen Grenzfall, dann übersteigt die selbständige Tätigkeit die übrigen Erwerbstätigkeiten nicht deutlich, so dass sie nicht hauptberuflich ausgeübt wird.

Bei Personen, die regelmäßig mindestens einen Arbeitnehmer mehr als geringfügig beschäftigen, wird vermutet, dass sie hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind ([§ 5 Abs. 5 Satz 2 SGB V](#)).

In Zweifelsfällen ist für die Beurteilung die Gesamtschau unter Würdigung einzelner Indizien (z. B. Weisungsbefugnis, Haupt- oder Nebengewerbe, Stundenumfang, Höhe der Einkünfte etc.) maßgebend. Im Zweifelsfall bietet sich eine Kontaktaufnahme mit der Krankenkasse an, damit diese über die Frage des Ausschlusses von der Versicherungspflicht eine verbindliche Entscheidung trifft.

Zum versicherungsfreien Personenkreis nach [§ 6 Abs. 1 und Abs. 2 SGB V](#) gehören insbesondere:

- Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt die Jahresarbeitsentgeltgrenze übersteigt;
- Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit, Lehrer an privaten genehmigten Ersatzschulen, Geistliche der als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannten Religionsgesellschaften, (...), wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben.